

A 1 - „Aufgaben des Landesverbandes“

Für eine solidarische, demokratische und internationalistische Gesellschaft!

Die Ergebnisse der Landtagswahlen stellt DIE LINKE vor große Herausforderungen. In Baden-Württemberg ist es uns trotz eines engagierten Wahlkampfes nicht gelungen, in den Landtag einzuziehen. Stattdessen hat es die AfD mit einer rassistischen und nationalistischen Sündenbockpolitik in drei Landtage geschafft. Im Stuttgarter Landtag gibt es eine deutliche Verschiebung nach rechts. Die grün-schwarze Landesregierung hat die sogenannte „schwarze Null“ zum obersten Gebot erklärt und weitere Verschärfungen in der Haushalts-, Sozial- und Innenpolitik angekündigt. Wir werden uns als Teil der außerparlamentarischen Opposition in Baden-Württemberg und vor Ort in den Kommunalparlamenten für politische Alternativen zur Profitorientierung der Landesregierung in wichtigen Bereichen wie dem Schul- und Bildungswesen, der Integration von Geflüchteten, dem Gesundheitswesen, der Wohnungswirtschaft, der Energie-, Struktur- und Verkehrspolitik einsetzen. Wir teilen die Kritik des Städte- und Gemeindetages an der sich abzeichnenden schwarz-grünen Sparpolitik gegenüber den Kommunen. Und wir unterstützen die Aufforderungen des Gemeindetages an die neue Landesregierung, dass „die notwendigen Mittel für die Infrastruktur nicht gegen die Ausgaben für die Flüchtlingshilfe und die Integration in den Kommunen ausgespielt werden dürfen“. Dafür streiten wir auch weiterhin mit unseren engagierten Kommunalpolitiker*Innen vor Ort.

Grün-Schwarz verschärft die soziale Ausgrenzung

Der Koalitionsvertrag bleibt selbst hinter den sozialpolitischen Wahlversprechen der CDU zurück. Ein gebührenfreies Kitajahr ist nicht vorgesehen. Das Gemeinschaftsschulkonzept der bisherigen Landesregierung wird eingefroren statt ausgeweitet. Gezielte Maßnahmen gegen Armut und Kinderarmut im Land sind nicht vereinbart. Eine Förderung von Schülerverkehren und Sozialtickets ist, im Gegensatz zu Regelungen in anderen Bundesländern, auch weiterhin nicht Regierungspolitik. Förderprogramme im Wohnungsbau soll es vorrangig für private Eigentümer geben, nicht für gemeinnützige, kommunale und soziale Wohnungsprojekte. Die neue Landesregierung lehnt eine Gesundheitskarte für Geflüchtete ab. Sie hat im Koalitionsvertrag weder ein Konzept vorgelegt für die Anschlussunterbringung der Geflüchteten in den Kommunen, noch für eine umfassende Integration in Bildung und Beruf.

Vorfahrt für Soziales und Kampf um Demokratie in Baden-Württemberg!

Seit Jahren steigen im ganzen Land und besonders in den Städten die Mieten und Energiekosten, bezahlbarer Wohnraum ist knapp geworden, prekäre Beschäftigung nimmt zu und die Verteilungskämpfe haben begonnen. Fünf Jahre Grün-Rot haben daran nichts geändert. Auch Grün-Schwarz wird daran nichts ändern - im Gegenteil. Auf der einen Seite droht eine Politik, die Soziales aus den Augen lässt und nur die Interessen der Wirtschaft in den Mittelpunkt rückt, während auf der anderen Seite der Ausbau des Verfassungsschutzes und die Vorratsdatenspeicherung vorangetrieben werden.

Wir Linke streiten weiter für bezahlbaren Wohnraum und Sozialtickets und Mobilität auf dem Land. Unsere Mitglieder engagieren sich in den sozialen Bewegungen, Initiativen und Jugendzentren, um vor Ort gesellschaftliche Mehrheiten für linke Ideen zu gewinnen. Wir wollen mehr Freiheit von Zwang und Überwachung durchsetzen, eine Stimme sein gegen Rassismus, Ausgrenzung und Krieg. Gemeinsam mit Sozialverbänden und Gewerkschaften setzen wir uns ein für eine gerechtere Verteilungspolitik, gegen Befristung, Leiharbeit und Lohndumping. Wir unterstützen die Erzieherinnen und Erzieher in ihrem Kampf um Aufwertung und beteiligen uns an der „Erneuerung durch Streik“-Konferenz. Die Aufwertung der sozialen Berufe muss durchgesetzt werden, ebenso mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.

Uns kommt auch außerhalb des Landtags die Rolle zu, den Finger in die Wunde zu legen und aktiv zur Vernetzung und zum Aufbau einer Opposition zu Grün-Schwarz beizutragen. Mit unseren kommunalen MandatsträgerInnen und allen Mitgliedern werden wir in Baden-Württemberg eine soziale Offensive unter dem Motto „Wohnen, Mobilität und Kultur“ starten: Eine Sozialoffensive für Sozialtickets, Nulltarif und massiven Ausbau im öffentlichen Nahverkehr in den Kommunen, Vergünstigungen bei öffentlichen Dienstleistungen für Menschen mit geringem Einkommen, Beschlagnahme von spekulativen Leerstand bei Wohnungen, Büros und Gewerbeflächen, Bau von Mietwohnungen direkt durch die Kommunen, gemeinnützigen Wohnraum und höhere Mietzuschüsse für Hartz-IV EmpfängerInnen. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Situation an den Kranken- und Pflegeeinrichtungen sein. Die Unterversorgung im Gesundheitssektor setzt Beschäftigte und PatientInnen nach wie vor massiv unter Druck. Wir wollen Seite an Seite mit den Beschäftigten aus dem Pflegenotstand einen Pflegeaufstand machen. Nach dem Vorbild der Berliner Charité, wo Kolleginnen und Kollegen einen Personalschlüssel in der Pflege erstreiken konnten, unterstützen wir auch hier ver.di bei den Auseinandersetzungen für eine Personalmindestbesetzung. Darüber hinaus fordern wir über unsere Kreisratsabgeordneten die Kreise auf, an der Personalmindestbesetzung mitzuwirken.

Unsere Kampagne „Das muss drin sein“ ist dabei zentral. Sie muss überall in Baden-Württemberg sichtbar und Markenzeichen für DIE LINKE werden.

Gleichzeitig muss die Linke aber auch zentrale Forderungen im Kampf gegen Repression, für Demokratie und gegen Rechts vertreten und von der Landesregierung einfordern, was Grün-Schwarz blockiert: Der Sumpf im Lande bei den NSU-Verbrechen muss endlich aufgeklärt werden, anstatt die Geschehnisse zu verdunkeln. Die Polizeigewalt gegen aktiven Antifaschismus wird verstärkt mit Bodycams zur Vorbereitung von Anklagematerial gegen DemonstrantInnen. Statt die Kennzeichnungspflicht bei der Polizei einzuführen, haben die Grünen der Aufstockung des Verfassungsschutzes zugestimmt. Antifaschismus wird mit Polizeieinsätzen nieder gehalten, antifaschistische Arbeit und Aufklärung gegen Rechts erhalten nicht die nötige Landesunterstützung.

Gemeinsam gegen rechts und gegen soziale Spaltung: der AfD entgegenreten!

Die AfD im Landtag ist eine Gefahr für uns alle. Wir wollen nicht zulassen, dass sich eine Partei bei uns etabliert, die mit ihrem bürgerlichen Anschein ihre Verbindungen zur Naziszene überdeckt. Ihre Mitglieder arbeiten eng mit der NPD zusammen, organisieren rechte Aufmärsche und sind geistige Brandstifter. Die AfD hetzt gegen Flüchtlinge und Muslime und betreibt die gesellschaftliche Spaltung. Dem stellen wir uns entschieden

entgegen. Wir unterstützen das bundesweite Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ und sagen „Flüchtlinge willkommen - die Reichen sollen endlich zahlen“. Und als Internationalisten sagen wir: Solidarität statt Nationalismus und Ausgrenzung. Gerade vor Ort arbeiten wir aktiv in Bündnissen gegen Rechts mit und initiieren die Gründung solcher Bündnisse und Initiativen. Nie wieder heißt nie wieder!

Unseren Kampf gegen Rechts verbinden wir auch damit, die AfD in der Sozialpolitik zu stellen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie sich als Partei der kleinen Leute inszeniert und so versucht, die von Prekarisierung Betroffenen und Bedrohten zu täuschen, während sie diese politisch weiter ins soziale Abseits treiben will. Wir müssen den Betroffenen an Hand von konkreten Beispielen unserer Politik klar machen, dass DIE LINKE die einzige Partei ist, die ihre Interessen von erster Stunde an vertreten hat und weiterhin für diese Positionen im Bundestag, in Landtagen, in kommunalen Parlamenten und außerhalb von Parlamenten eintritt und streitet. Durch gezielte Hilfe und Unterstützung im Alltag wird unser sozialpolitisches Profil glaubhaft, sei es in der Auseinandersetzung mit den Jobcentern, den Behörden oder sonstigen öffentlichen Trägern. Wir müssen dabei auch deutlich machen, dass der Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit nur gemeinsam mit den Betroffenen geführt werden kann und wir daher auf deren Unterstützung bei Wahlen und anderen politischen Auseinandersetzungen angewiesen sind. Zudem muss DIE LINKE stärker in den Gebieten hoher Wahlerfolge der AfD präsent sein.

Die AfD ist eine frauenfeindliche Partei und verfolgt ein rückwärtsgewandtes Familienbild. Damit negiert sie die Errungenschaften der Frauenbewegung. Sie erhält ihre Zustimmung und ihre WählerInnenstimmen für die reaktionären „Lösungsmuster“, die sie als Antworten auf gesellschaftliche und persönliche Veränderungen und Ängste signalisiert und mit denen sie vorhandenes rechtes Gedankengut bestärkt: nationale Abschottung, soziale Spaltung, menschenverachtende Feindlichkeit gegen alles „Fremde“. Wir wollen gemeinsam mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften angreifen, um der drohenden Hegemonie von Rechts und der sozialen Demagogie der AfD entgegen zu treten.

Refugees welcome – gleiche Rechte und eine Zukunft für alle!

Wir haben uns im Wahlkampf konsequent gegen die - auch von Grün-Rot umgesetzte - Abschiebepolitik ausgesprochen. „Refugees welcome“ bedeutet auch weiterhin: Umverteilung von Reichtum, Investition in Wohnungen und Arbeitsplätze und gleiche Rechte für alle. Angesichts der Lage der Flüchtlinge in Syrien, der Türkei und Griechenland müssen die von Kretschmann erst möglich gemachten Asylrechtsverschärfungen zurückgenommen werden.

Die Flüchtlingsfrage war das beherrschende Thema während der Wahlen. „Gleiche Rechte und eine Zukunft für alle“ sind die Antwort der LINKEN darauf. Das bedeutet für uns: Wohnungen, Schule, Ausbildung, Gesundheitskarte und Berufsarbeit für die Flüchtlinge. Das bedeutet ebenso: Verteidigung und Kampf um das Asylrecht, Kampf gegen die vorgelagerte deutsche Grenzabschottung und gegen den EU/Türkei-Deal.

Eine noch bessere Vernetzung der Flüchtlingsarbeit in ganz Baden-Württemberg ist nötig. Dafür wollen wir uns mit entsprechenden Initiativen zu unseren gemeinsamen Forderungen beraten und diese an die neue Landesregierung richten. So können wir auch in der Opposition Druck machen für eine humanere Flüchtlingspolitik!

Nein zu Krieg und Waffenexporten!

Die Welt wird kriegerischer und die BRD ist in der Türkei und in Syrien mit der Bundeswehr direkt und indirekt an Waffenverkäufen an Kriegstreiber beteiligt. DIE LINKE bleibt dabei: Fluchtursachen bekämpfen und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung statt TTIP, CETA und Kriegseinsätze! Die grün-schwarze Landesregierung macht Werbung für TTIP und begründet das mit der Exportorientierung Baden-Württembergs. Wir werden die Grünen, die das bundeweite Anti-TTIP-Bündnis unterstützen, mit ihrer Doppelzüngigkeit in dieser Frage konfrontieren. Wir rufen auf zu den bundesweiten Demonstrationen am 17. September, u.a. in Stuttgart.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert die Einstellung der Verfahren gegen die Kriegsgegner Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Zandberg-Harrich, die die illegalen Exporte von G36-Sturmgewehren durch die Firma Heckler & Koch nach Mexiko aufdeckten. Für ihre journalistische Leistung erhielten sie im April 2016 den Grimme-Preis.

Parteiaufbau im ganzen Land!

Unsere Partei ist vor allem dort attraktiv, wo wir aktiv sind und uns kommunal einmischen: In Kommunalparlamenten, im Stadtteil oder Mieterinitiativen, in der Anti-Atom-Bewegung, dem Friedensbündnis oder Aktionsgruppen gegen Rechts. DIE LINKE will als Partei der sozialen Gerechtigkeit und der BürgerInnenrechte in die Gesellschaft wirken. Um dafür im ganzen Land handlungsfähig zu werden, brauchen wir Aktive vor Ort, die unsere Initiativen und Kampagnen ins Gespräch bringen und sichtbar machen. Im Jahr 2019 finden in Baden-Württemberg die nächsten Kommunalwahlen statt. Der Landesverband orientiert frühzeitig darauf, dass wir in allen Landkreisen und möglichst vielen Kommunen in der Lage sind, mit Listen der Partei DIE LINKE oder mit linken Bündnislisten antreten zu können. Unsere Partei sollte Konzepte für die Stärkung der Frauen in der Partei und für die Gewinnung von mehr Frauen entwickeln. Unser Ziel ist es alle Listen quotiert mit Männern und Frauen zu besetzen.

Bündnisarbeit und Strukturaufbau in Baden-Württemberg

Bei der Landtagswahl konnten wir zwei Trends beobachten: Wir konnten insbesondere in den größeren und den Universitätsstädten (Stuttgart, Freiburg, Heidelberg) und in der Alterskohorte 18-25 Jahre deutlich zulegen. Gerade in diesen urbanen, weltoffenen Milieus tritt DIE LINKE häufig als Bündnispartner auf, auch in den Kommunalparlamenten. In den ländlichen Regionen sind wir schwach geblieben oder schwächer geworden. Wir brauchen eine flächendeckende Präsenz auch in Mittelstädten und kleineren Gemeinden, wenn wir zukünftig die 5 %-Hürde knacken wollen. Unsere Erfolge in den Städten wollen wir nun

ausbauen und gleichzeitig einen nachhaltigen Strukturaufbau in der Fläche unterstützen. Auch in strukturschwächeren Regionen wollen wir linke Bündnisarbeit aufbauen und einer zunehmenden Hegemonie von Rechts linke Alternativen entgegenstellen. Dazu werden der Landesverband, die Regionalbüros und die Landesgruppe der Bundestagsfraktion die Kreisverbände verstärkt bei Initiativen unterstützen, damit wir im ganzen Land stärker werden.

In den ländlichen Regionen haben wir zu wenige Mitglieder, um unsere Organisationsstrukturen zu halten und zu stärken. Wir brauchen Ortsverbände und Stützpunkte, die in der Lage sind, eine kontinuierliche Arbeit zu machen. Wir brauchen deshalb regionale Entwicklungskonzepte für den Organisationsaufbau in der Fläche. Hierzu soll es gut vernetzten Stützpunkten ermöglicht werden, durch breite Unterstützung der Kreisverbände und aus den Regionalbüros, vor Ort Politik auch bereits mit wenigen Mitgliedern zu entwickeln und weitere Mitglieder zu gewinnen und zu betreuen. Begleiten wollen wir dies mit einer professionellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem weiteren Ausbau der IT-Infrastruktur des Landesverbandes.

Ausbau der innerparteilichen Bildung

Ein wesentlicher Teil des Parteaufbaus ist auch die politische Bildungsarbeit. Wir nutzen u.a. Seminarangebote zur Ausbildung von Multiplikatoren „gegen Rechts“ und zum Organizing. Für die Koordination der Bildungsarbeit der Partei in den Regionen und Kreisverbänden sollen Bildungsverantwortliche benannt und eine ReferentInnenliste erstellt werden. Für Neumitglieder, für Kreisvorstände, für kommunalpolitisch Interessierte wird es jeweils gesonderte Angebote geben. Als Landesverband werden wir mit Hilfe der Landeskommission „politische Bildung“ ein Konzept erstellen, um die Arbeit der Mitglieder vor Ort zu unterstützen und neue Mitglieder zu integrieren, denn jede und jeder Einzelne kann für uns einen großen Unterschied machen.

Mitgliederoffensive und Angebote zum Mitmachen!

Nach der Landtagswahl sind eine Reihe junger Menschen eingetreten. Das ist erfreulich und stellt uns als Landesverband breiter auf. Nun müssen wir an authentischen, offenen und einladenden Parteistrukturen arbeiten und neue Aktionsformen entwickeln, damit wir DIE LINKE attraktiv machen für weitere Neumitglieder und aktive Nicht-Mitglieder. Gegenwärtig nimmt die Mitgliederzahl der LINKEN im Land im Jahr um etwa 150 Mitglieder zu. Allerdings werden viele Neumitglieder nicht aktiv oder treten wieder aus. Darin sehen wir die Aufforderung, die Angebote für alle Arten von Aktivitätswünschen mit und in der LINKEN genauer zu erfragen und auszubauen. Als Mitgliederpartei wollen wir für unsere Mitglieder da sein, und nicht umgekehrt.

Bundestagswahlkampf 2017 vorbereiten

Die nächste wichtige Wahlauseinandersetzung für unseren Landesverband ist die Bundestagswahl im nächsten Jahr. Wir werden in allen 38 Wahlkreisen Kandidatinnen und

Kandidaten aufstellen und wir wollen eine Landesliste anbieten, mit der wir im Land erfolgreich Wahlkampf machen können. Ziel ist es, eine arbeitsfähige Landesgruppe mit sechs Abgeordneten aus Baden-Württemberg im Bundestag zu erreichen, mit der wir sowohl im Land als auch auf Bundesebene politischen Einfluss nehmen können. Zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes und zur Nominierung der Landesliste am 28. Januar 2017 werden Vorberatungen in Kreisverbänden auf vier regionalen Mitgliederversammlungen im Herbst angeboten. Dort soll eine inhaltliche Diskussion mit Hinblick auf die Schwerpunkte des Bundestagswahlprogramms möglich sein. Die Bewerberinnen und Bewerber für die Landesliste sollen die Möglichkeit haben, sich der Diskussion mit den Mitgliedern zu stellen. Hier und jetzt für soziale Gerechtigkeit und für eine andere, eine solidarische, soziale und antirassistische Gesellschaft einzutreten ist Voraussetzung für ein gutes Ergebnis der LINKEN bei den Bundestagswahlen und ebenso ein Beitrag, die AfD zu schwächen und aus dem kommenden Bundestag zu halten.

Hinweis: Fahrplan zur Bundestagswahl

(Einberufung der LandesvertreterInnenversammlung / Beschluss des Landesvorstandes vom 24.4.2016)

Die nächste Bundestagswahl findet statt im September nächsten Jahres. Der genaue Wahltag steht noch nicht fest.

Der Landesvorstand hat die VertreterInnenversammlung zur Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl 2017 einberufen auf den 28. und 29. Januar 2017 nach Stuttgart.

Im Juli 2016 wird sich der neue Landesvorstand auf Kriterien für die Kandidatinnen und Kandidaten verständigen.

Von September bis (möglichst) Dezember 2016 sollen die KandidatInnen in den 38 Wahlkreisen nominiert werden.

Im selben Zeitraum sollen in den Kreisverbänden die 200 VertreterInnen (Sonderdelegierte nach Wahlgesetz) für die Wahlversammlung/Landesliste gewählt werden.

Im Oktober bis Dezember 2016 finden vier regionale Mitgliederversammlungen auf Regierungsbezirksebene statt, auf denen sich die BewerberInnen für die Landesliste vorstellen können und sich Fragen der Mitglieder stellen. Am 28./29. Januar 2017 findet in Stuttgart die Wahl der Landesliste statt.

Im Zeitraum März bis Juni 2017 wird es Bildungsangebote für die 38 WahlkreiskandidatInnen geben.

Ab Juli 2017 ist dann „heisser Wahlkampf“ angesagt.